

öffentliche N I E D E R S C H R I F T

VERTEILER:

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, SZ-04MCAYS	
Sitzung am	: 19.08.2002	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 3	
Sitzungsbeginn	: 18:00	Sitzungsende : 23:59

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r : gez.

Schriftführer/in : gez.

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 19.08.2002

Sitzungsteilnehmer

Verwaltung

Langhanki, Kristin 18:00 bis 23:59 Abt. 402, Protokoll
Teilnehmer

Wochnowski, Karlfried 18:00 bis 23:59 als Bürgervorsteher
Algier, Ute 18:00 bis 23:59 als Stadtvertreterin
Verwaltung

Müller-Baran, Rüdiger 18:00 bis 23:59 Amt 32
Mirow, Waltraud 18:00 bis 23:59 Abt. 105
Bostelmann, Klaus 18:00 bis 23:59 Volkshochschule
Syttkus, Wulf-Dieter 18:00 bis 23:59 Abt. 106
Scharf, Norbert 18:00 bis 23:59 Abt. 321
Rickert, Nikola 18:00 bis 23:59 Abt. 321
Seyferth, Joachim 18:00 bis 23:59 Gemeindeführer
Bruns, Edgar 18:00 bis 23:59 RPA
Radel, Margret 18:00 bis 23:59 Personalrat
Junker, Marion 18:00 bis 23:59 Personalrat
Grimberg, Ulf 18:00 bis 23:59 Personalrat
Fenneberg, Ralf Peter 18:00 bis 23:59 Abt. 102
Teilnehmer

Grote, Hans-Joachim 18:00 bis 23:59
Verwaltung

Becker, Siegfried 18:00 bis 23:59 Amt 10
Bosse, Thomas 18:00 bis 23:59 Zweiter Stadtrat
Freter, Harald Dr. 18:00 bis 23:59 Erster Stadtrat

Entschuldigt fehlten

Sonstige Teilnehmer

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 19.08.2002

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 :
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 :
Einwohnerfragestunde**

**TOP 4 : B02/0373
Mitgliedschaft im neu zu gründenden Verein "Norderstedt lernt e. V."**

**TOP 5 :
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP 5.1
:
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. - Herr Lange**

**TOP 5.2
:
Bericht des Bürgermeisters zur Finanzsituation der Stadt Norderstedt**

**TOP 5.3 M02/0364
:
Rederecht des Personalrates in Ausschüssen hier: Anfrage von Frau Reinders aus dem
Hauptausschuss vom 24.06.2002**

**TOP 5.4 M02/0361
:
Anfragen - öffentlich - Herr Kühl zum Thema Schlaglöcher in Straßen**

**TOP 5.5 M02/0358
:
Verkaufsoffene Sonntage**

**TOP 5.6
:**

Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille**TOP 5.7**

:

Verstärktes Polizeiaufgebot**TOP 5.8**

:

Einwohnerzahlen**TOP 5.9**

:

Zeitungsartikel NZ vom 16.08.2002 - Landesrechnungshof**TOP****5.10 :****Darlehen aus dem kommunalen Finanzfonds für den Neubau eines Feuerwehrzentrums in der Stadt Norderstedt****TOP****5.11 :****Feuerwehrschtzhelme****TOP****5.12 :****Hochwasser an der Elbe****TOP****5.13 :****Städtische Stellwände für Wahlplakate****TOP****5.14 :****Autofreier Tag und Wahl am 22.09.2002****TOP****5.15 :****Haus im Park****TOP****5.16 :****Notunterkünfte Ulzburger Str.****TOP****5.17 :****Schmutzwasserentsorgung während des Stadtfestes****TOP M02/0412****5.18 :****Öffentlich - Anträge der Parteien für Großwahlplakattafeln - Frau Hahn****TOP M02/0430****5.19 :****Schulzentrum-Süd frei von Asbestfasern**

TOP

5.20 :

Anfrage zum LDC

TOP

5.21 :

Anfrage zum Grundsicherungsgesetz

TOP

5.22 :

Anfrage zur geringfügigen Beschäftigung (sog. _ 325,- Jobs)

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 6 : M02/0389

Tierschutz

TOP 7 : M02/0417

Fortführung der Leitstelle Norderstedt

TOP 8 :

Bericht über die Prüfung der Stadtwerke Norderstedt

TOP 9 :

Wahrnehmung einer Zuständigkeit des Hauptausschusses nach § 45 b Abs. 2 GO

TOP 10 :

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

TOP

10.1 :

Schall und Rauch

TOP

10.2 :

Leitstelle

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 19.08.2002

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Lange eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

- keine Fragen -

TOP 4: B02/0373 Mitgliedschaft im neu zu gründenden Verein "Norderstedt lernt e. V."

Herr Dr. Freter erläutert die Vorlage und beantwortet gemeinsam mit Herrn Bostelmann (VHS) Fragen der Ausschussmitglieder.

In § 12 Ziff. 3 der Satzung soll berücksichtigt werden, dass die sog. "Heimfallklausel" ausschließlich zugunsten der Stadt Norderstedt geändert wird. Andere Varianten wie Kreis etc. sollen herausgenommen werden.

Zur Klärung der aufgetretenen Fragen und zur größeren Transparenz wird zum 02.09.2002 erneut eine Berichtsvorlage von der Verwaltung erstellt mit einer Liste der Kooperationspartner sowie eine Aufstellung über alle relevanten Zahlen.

Sitzungsunterbrechung 19.10 - 19.15 Uhr

Beschluss:

Die Stadt Norderstedt wird Mitglied im neu zu gründenden Verein "Norderstedt lernt e. V." auf der Basis der vorgelegten Satzung.

Eine finanzielle Nettomehrbelastung für den städtischen Haushalt entsteht durch das Projekt nicht.

Dem Verein werden über vier Jahre verteilt €96.000,- in Form von Sachleistungen zur Verfügung gestellt.

Die Vorlage wurde mit 10 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

PROTOKOLLAUSZUG: 44

TOP 5:

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 5.1:

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. - Herr Lange

Herr Lange berichtet über ein Schreiben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Dieses Schreiben wird **Anlage 1** zum Protokoll.

PROTOKOLLAUSZUG: 11

TOP 5.2:

Bericht des Bürgermeisters zur Finanzsituation der Stadt Norderstedt

Der Bericht von Herrn Grote wird als **Anlage 2** zu Protokoll gegeben.

TOP 5.3: M02/0364

Rederecht des Personalrates in Ausschüssen hier: Anfrage von Frau Reinders aus dem Hauptausschuss vom 24.06.2002

Betreff: Anfrage von Frau Reinders zum Thema Rederecht des Personalrates in Ausschüssen; Punkt 6.9 des Protokolls der Sitzung des Hauptausschusses vom 24.6.02 Es wurde wie folgt protokolliert: "Frau Reinders bittet um endgültige Klärung durch das Rechtsamt, ob und wann der Personalrat Rederecht in Ausschüssen hat. Ein Antrag von Frau Reinders auf Rederecht für den Personalrat wurde im Ausschuss für junge Menschen nicht behandelt. Herr Lange regt an, diese Problematik im Ältestenrat zu behandeln." Die Rechtsabteilung nimmt nach Prüfung der Sach- und Rechtslage wie folgt Stellung: Mit der Berichtsvorlage Nr. M 02/0269 hat die Rechtsabteilung bereits grundsätzlich zu der Frage Stellung genommen, unter welchen Voraussetzungen, zu welchen Themen der Personalrat eine Stellungnahme in den Sitzungen der Ausschüsse abgeben darf. Der vorliegende Fall gibt Anlaß zu den folgenden ergänzenden Hinweisen: Im Rahmen der Prüfung eines Rederechtes gemäß § 83 MBG sind zwei Voraussetzungen zu prüfen. Zunächst einmal wird das Rederecht ausgeübt durch "das den Vorsitz führende Mitglied des Personalrates". Dies ist grundsätzlich die Vorsitzende des Personalrates. Fraglich ist im vorliegenden Fall, ob ein Vertretungsfall gegeben war, mit der Folge, daß die Stellvertreterin ein Rederecht geltend machen konnte. Grundsätzlich sind Vertretungsfälle möglich. Selbstverständlich darf eine Stellvertretung nicht mißbräuchlich geltend gemacht werden, etwa um eine faktische Aufgabenverteilung zu verschleiern. Berufet sich aber ein Stellvertreter auf das Vorliegen eines Vertretungsfalles, und stehen bessere Erkenntnisse des Ausschussvorsitzenden dem Glauben daran nicht entgegen, so dürften hier keine strengeren Nachweispflichten gefordert werden, als bei Vertretungsfällen von Ausschussmitgliedern. Eine mündliche Erklärung muß m.E. grundsätzlich ausreichend sein. Zweite Voraussetzung eines Rederechtes nach § 83 MBG ist aber, daß in der Sache eine Maßnahme vorliegt, bei der durch die Sonderregelung des § 83 MBG die mitbestimmungsrechtliche Zuständigkeit des Personalrates beschränkt ist. Die Prüfung, ob diese inhaltliche Voraussetzung gegeben ist, ist rechtlich in Fällen wie auch dem vorliegenden nicht immer einfach. Klare Antworten sind hier oft erst nach langer Prüfung des Sachverhaltes und der mitbestimmungsrechtlichen Literatur möglich. M. E. sind Ausschussvorsitzende, die ohne Vorankündigung "überfallen" werden, mit einer solchen Prüfung überfordert. Anzuregen wäre hier eine rechtzeitige Information des jeweiligen Ausschussvorsitzenden durch die Vorsitzende des Personalrates über die Absicht des Personalrates, um diesem die Möglichkeit einer Prüfung zu geben.

Bestehen Zweifel, ob im konkreten Fall ein Anspruch nach § 83 MBG besteht, kommen zwei Wege in Betracht: Ein Rederecht wird ohne Zugeständnis eines Rechtsanspruches aber im Einvernehmen mit den übrigen Ausschussmitgliedern gewährt. Daneben besteht die Möglichkeit gemäß § 30 Geschäftsordnung i.V.m. § 16 c II. GO den Vertreter des Personalrates als Sachkundigen im Ausschuss anzuhören. Dies bedarf eines Mehrheitsbeschlusses im jeweiligen Einzelfall.

Frau Reinders fragt nach, ob somit ihr Verhalten im Ausschuss für junge Menschen (Antrag zur Geschäftsordnung auf Hörung von Frau Junker als Sachverständige) rechtens war. Frau Mirow bestätigt dieses.

19.58 Uhr Herr Kelm / Herr Grote verlassen die Sitzung

Der Ältestenrat soll sich in seiner nächsten Sitzung damit befassen, dass Anträge zur Geschäftsordnung immer abzustimmen sind und dieses nicht im Ermessen des/der Vorsitzenden liegt.

20.00 Uhr Herr Kelm nimmt wieder an der Sitzung teil

Für die Zukunft wäre zu überlegen, ob analog zu den StadtvertreterInnen auch die Mitglieder des Personalrats Rederecht in allen Ausschüssen hätten.

20.02 Uhr Herr Grote nimmt wieder an der Sitzung teil

Herr Schlichtkrull merkt an, dass ggf. auch die Beschlussfassung zu TOP 4 nach § 83 MBG-SH hätte behandelt werden müssen.

PROTOKOLLAUSZUG: 105

TOP 5.4: M02/0361

Anfragen - öffentlich - Herr Kühl zum Thema Schlaglöcher in Straßen

Herr Kühl fragt an, ob und wie bei der Beseitigung von Schlaglöchern in Straßen Rücksicht auf Zweiradfahrer genommen wird. Speziell eine Baustelle Ochsenzoller Straße/Achternfelde ist so gefährlich mit Rollsplitt oder Granulat abgestreut, dass Zweiradfahrer im höchsten Maß gefährdet sind und diese bei Bremsmanövern auch andere Verkehrsteilnehmer gefährden können.

Zu der Anfrage wird Folgendes ausgeführt:

Bei der Beseitigung von Schlaglöchern in Fahrbahnen wird besonderer Wert auf die Wahl der Materialien gelegt, um generell Unfälle zu vermeiden. Bei der angesprochenen Maßnahme Ochsenzoller Straße/Achternfelde hat es sich um eine sogenannte Rißsanierung gehandelt. Hierbei wurde ein Verfahren gewählt, das unmittelbar nach Aufbringen des Asphaltmaterials ein Überfahren der Flächen zulässt. Damit dieses geschehen kann, wird der plastische Asphalt mit bituminiertem Grus abgestreut. Dieses Material enthält keinen rolligen Splitt, der zu Gefährdungen führen könnte. Der bituminierte Grus ist vergleichbar mit sonstigen Verunreinigungen mit denen man auf Fahrbahnen rechnen muss und die bei Einhaltung einer Geschwindigkeit von 50 km/h nicht zu Gefährdungen für die Verkehrsteilnehmer führen können.

Herr Bosse nimmt zu der Beantwortung Stellung und bietet an, ggf. die entsprechende Problematik direkt vor Ort mit Fachleuten zu begutachten.

PROTOKOLLAUSZUG: 60

TOP 5.5: M02/0358

Verkaufsoffene Sonntage

Die vorliegenden Planungen für das "Weinfest" am 01.09.2002 sowie der "Spezialmarkt Autos & Zubehör" am 06.10.2002 sind bisher die einzigen.

Herr Grote erläutert den Vorlauf und erklärt, dass zu der Schließung um 14.00 Uhr am jeweils vorhergehenden Samstag alle betroffenen Geschäfte befragt wurden.

Aufgrund der schwierigen Terminsituation (01.09. erste Veranstaltung, 10.09. nächste Stadtvertretung) besteht Einvernehmen über alle vertretenen Fraktionen, dass hier eine Ausnahme vorliegt und diese zur Kenntnis genommen wird.

Über die zweite Veranstaltung (Herold-Center) soll erneut im Hauptausschuss diskutiert und dann zur Kenntnisnahme in die Stadtvertretung weitergegeben werden.

PROTOKOLLAUSZUG: 32

**TOP 5.6:
Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille**

Herr Grote berichtet, dass Frau Peihs mit der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille ausgezeichnet wird.

Das entsprechende Schreiben des Innenministeriums wird **Anlage 3** zum Protokoll.

PROTOKOLLAUSZUG: 11

**TOP 5.7:
Verstärktes Polizeiaufgebot**

Herr Grote berichtet von einem Schreiben von Herrn Gut (Polizeiinspektion Bad Segeberg) bzgl. des verstärkten Polizeiaufgebotes, welches **Anlage 4** zum Protokoll ist.

PROTOKOLLAUSZUG: 32

**TOP 5.8:
Einwohnerzahlen**

Herr Grote berichtet über den neuen Stand der Einwohnerzahlen (**Anlage 5**).

PROTOKOLLAUSZUG: 32

**TOP 5.9:
Zeitungsartikel NZ vom 16.08.2002 - Landesrechnungshof**

Herr Grote berichtet in Anlehnung des genannten Artikels in der Norderstedter Zeitung ausführlich über eine Prüfung des Innenministeriums durch den Landesrechnungshof. In diesem Rahmen fand eine Außenprüfung in Norderstedt Stadt bzgl. der Entwicklungsmaßnahme Norderstedt - Mitte.

PROTOKOLLAUSZUG: 20

TOP

5.10:

Darlehen aus dem kommunalen Finanzfonds für den Neubau eines Feuerwehrzentrums in der Stadt Norderstedt

Herr Dr. Freter berichtet über ein Darlehen aus dem kommunalen Finanzfonds für den Neubau des Feuerwehrzentrums in der Stadt Norderstedt (**Anlage 6**).

PROTOKOLLAUSZUG: 32

TOP

5.11:

Feuerwehrschildhelme

Herr Dr. Freter gibt folgenden Bericht:

Die Problematik mit den bei der Feuerwehr Norderstedt vorhandenen Feuerwehrschildhelmen ist hinlänglich bekannt.

Im Auftrag der Unfallversicherungsträger wurden durch eine unabhängige Prüfstellung 7 Textil - Phenol - Kunstharz - Helme sowie zwei Aluminium - Helme einer Prüfung auf der Grundlage der EN 443 in Verbindung mit durch den AA 192.3 "Persönliche Schutzausrüstung" festgelegten höheren Anforderungen unterzogen werden. Diese höheren Anforderungen würden einen Einsatz im Innenangriff abdecken.

Durch die Feuerwehrunfallkasse wird nach Vorliegen der Ergebnisse der Testreihen folgende Empfehlung ausgesprochen:

"Bis eine neue DIN EN 443 mit erhöhten Anforderungen an die Temperaturbeständigkeit der Feuerwehrschildhelme herauskommt, müssen Helme nach der gültigen DIN EN 443 beschafft werden. Als weiteres Bewertungskriterium dient das Ergebnis dieses Testes."

Dieses hat zur Konsequenz, dass für alle Atemschutzgeräteträger der FF Norderstedt insgesamt 145 neue Helme beschafft werden müssen.

Mit der Fa. Schuberth (als Lieferant der ursprünglichen, mangelbehafteten Helme) konnte, zunächst telefonisch, eine Sondervereinbarung getroffen werden.

Ein schriftliches Angebot erfolgt.

Die Kosten für die Beschaffung würden sich damit auf rund €18.400,- belaufen (Ersparnis gegenüber regulären Kosten: rund €6.500,-).

Haushaltsmittel sollen außerplanmäßig bereitgestellt werden.

PROTOKOLLAUSZUG: 32

TOP

5.12:

Hochwasser an der Elbe

Herr Dr. Freter berichtet gemeinsam mit Herrn Seyferth über die derzeitige Hochwassersituation an der Elbe.

Der ausführliche Bericht liegt dem Protokoll als **Anlage 7** bei.

PROTOKOLLAUSZUG: 32

TOP

5.13:

Städtische Stellwände für Wahlplakate

Frau Paschen bemängelt, dass die städtischen Stellwände zur Anbringung von Wahlplakaten viel zu hoch angebracht sind und nur schwer zu bearbeiten wären.

PROTOKOLLAUSZUG: 32

TOP

5.14:

Autofreier Tag und Wahl am 22.09.2002

Frau Paschen fragt an, wie vorzugehen ist, wenn Straßenfeste stattfinden und Autos nicht oder nur sehr schwer in diesen Straßen zu nutzen sind. Viele ältere Bürger fühlten sich in ihrem Wahlgang blockiert.

Herr Bosse bittet darum, Beschwerden dieser Art an die Stadtverwaltung zu richten, um einen besseren Überblick über die Häufigkeit zu bekommen.

Weiterhin merkt Herr Bosse an, dass der Autofreie Tag auf freiwilliger Basis läuft und Rettungswege freizuhalten sind, die dann ggf. zu nutzen wären.

PROTOKOLLAUSZUG: 60

TOP

5.15:

Haus im Park

Herr Hagemann bittet um einen Sachstandsbericht zum "Haus im Park".

PROTOKOLLAUSZUG: 56

TOP

5.16:

Notunterkünfte Ulzburger Str.

Herr Hagemann bittet um einen Sachstandsbericht zu dem Abriss der Notunterkünfte an der Ulzburger Straße.

PROTOKOLLAUSZUG: 50

TOP

5.17:

Schmutzwasserentsorgung während des Stadtfestes

Herr Kühl bemängelt, dass die Schmutzwasserentsorgung einiger Schausteller auf dem Stadtfest häufig über die Siele erfolgte, welche direkt in die Moorbek gelangten. Er bittet darum, in Zukunft die Schausteller auf eine korrekte Entsorgung hinzuweisen.

PROTOKOLLAUSZUG: 60

TOP M02/0412

5.18:

Öffentlich - Anträge der Parteien für Großwahlplakattafeln - Frau Hahn

Frau Hahn hat den Wunsch geäußert, dass das Verfahren hinsichtlich der Beantragung einer Genehmigung zur Aufstellung von Großwahlplakattafeln für alle Parteien für die Folgejahre vereinfacht werden möge. Insbesondere geht es darum, dass bei jeweils gleichbleibenden Standorten im Rahmen des Antrages lediglich auf die unveränderte Standortsituation verwiesen wird und Planungsunterlagen über Standorte nicht erneut eingereicht werden müssen. Damit wird eine vereinfachte Antragstellung erreicht.

Die Verwaltung hat grundsätzlich keine Bedenken entsprechend zu verfahren.

Die Parteien haben vom Team 6032 (Beiträge) ein Schreiben erhalten, aus dem hervorgeht, dass sich die Parteien auf ihren Antrag aus Vorjahren beziehen können.

Denn in diesem sind die genauen Standorte, die die öffentlich gewidmeten Fläche betreffen, festgehalten.

Bei Standorten im Bereich städtischer Flächen, die nicht öffentliche Verkehrsflächen sind, bzw. bei Flächen im Eigentum Dritter wird der Antrag intern weitergeleitet und es folgt dann eine Genehmigung von der zuständigen Stelle. Die Anträge werden grundsätzlich nach Eingangsdatum bearbeitet. Ein Anspruch auf einen bestimmten Standort ist damit ausgeschlossen, zumal sich die Parteienkonstellation verändern kann und für alle Parteien die gleichen Grundlagen bestehen. Der Sinn ist lediglich eine vereinfachte Antragstellung.

PROTOKOLLAUSZUG: 60

TOP M02/0430

5.19:

Schulzentrum-Süd frei von Asbestfasern

In den Brüstungselementen der Fassade war eine Platte eingearbeitet, die stark gebundene Asbestfasern enthielt. Bei Bruch oder Schnitt dieser Platte können dann Fasern freigesetzt werden. Bei zerstörungsfreier Demontage geschieht dies nicht. Vor Beginn dieser Arbeiten wurden das Asbest nicht vermutet, daher wurde nicht entsprechend vorsichtig gearbeitet.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Sanierungsarbeiten der Heizungs- und Lüftungsanlage wurde eine Untersuchung der Staubentwicklung durchgeführt. Hierbei wurden dann in einem Raum auch Asbestfasern gefunden. Alle erforderlichen Stellen wurden daraufhin sofort informiert und ein Sachverständiger eingeschaltet. Alle Schutz- und Sanierungsmaßnahmen wurden entsprechend einer Technischen Regel für Gefahrstoffe durchgeführt.

Für die Fortführung der Demontearbeiten wurde ein Unternehmen beauftragt, das alle erforderlichen Genehmigungen und die Erfahrung im Umgang mit asbestbelasteten Werkstoffen hat.

Nach der Reinigung wurden in den Räumen Kontrollmessungen durchgeführt. Es wurden keine Asbestfasern mehr gefunden.

Alle beteiligten Stellen haben schnell und kompetent nach dem Feststellen des Schadenereignisses gehandelt.

Die Schule ist frei von Asbestfasern und konnte pünktlich zum Schuljahresanfang in Betrieb genommen werden.

Die finanziellen Auswirkungen werden z.Zt. ermittelt und in einer der nächsten Sitzungen dem Hauptausschuss mitgeteilt.

PROTOKOLLAUSZUG: 68

TOP

5.20:

Anfrage zum LDC

Frau Krogmann fragt für die FDP Fraktion folgendes zum LDC:

1. Welche Vereinbarungen wurden wann, wie und wo getroffen, dass der 30.06.2002 als Kündigungstermin festgelegt wurde?
2. Wie viele Vorverträge wurden schon abgeschlossen und welche rechtlichen Folgen ergeben sich aus diesen Vorverträgen für die Unternehmen EgNo, GbR und Köllmann?
3. Wie viele und welche Vorverträge sind von wem rückabgewickelt worden?
4. Welche finanziellen Risiken hat die Stadt Norderstedt für die Grundstücke der GbR übernommen?
5. Wir bitten um Beantwortung unserer Fragen vom 22.04.2002.

Weitergehend dazu fragt Frau Reinders für die Grüne Alternative Fraktion an:

Welche Kosten sind für die Planung des LDC bislang bei

- Stadt
- EgNo
- GbR

angefallen (interne / externe Planungskosten, Grundstückskäufe, Personalkosten, Verwaltungskosten etc.) und wer trägt diese? Inwieweit wird die Köllmann - Gruppe zur Kostendeckung herangezogen?

PROTOKOLLAUSZUG: 106

TOP

5.21:

Anfrage zum Grundsicherungsgesetz

Frau Reinders fragt für die Grüne Alternative Fraktion an:

Welche Auswirkungen (finanziell / personell) sind mit dem Inkrafttreten des Grundsicherungsgesetzes verbunden und wie wird dieses in der Stadt Norderstedt bzw. im Kreis Segeberg umgesetzt werden?

PROTOKOLLAUSZUG: 50

TOP

5.22:

Anfrage zur geringfügigen Beschäftigung (sog. _ 325,- Jobs)

Frau Reinders fragt für die Grüne Alternative Fraktion an:

Wieviel Beschäftigungsverträge mit geringfügig Beschäftigten (sog. €325,- Jobs) gab / gibt es in den Jahren 1999, 2001 und 2002 im Bereich der Stadtverwaltung aber auch der Eigenbetriebe?

In welchen Arbeitsbereichen lagen diese Beschäftigungen?

Wird durch den neuen Tarifvertragsabschluss sichergestellt, dass eigene Ansprüche an die Sozialversicherung erreicht werden?

Die Öffentlichkeit wird für den weiteren Verlauf von der Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen.

PROTOKOLLAUSZUG: 103